

FDP-Stadtratsfraktion Schwelm * Kölner Str. 31 * 58332 Schwelm

Bürgermeister
Langhard
Hauptstr. 94

58332 Schwelm

**Stadtratsfraktion
Schwelm**

Der Vorsitzende

Michael Schwunk

Geschäftsstelle
Kölner Str. 31
58332 Schwelm

Telefon: 02336 / 4084990
E-Mail: office@fdp-en.de
Web: www.fdp-schwelm.de

Schwelm, 01.05.2021

Ihre E-Mail vom 19.04.2021 und offener Brief zu unserem CMS-Antrag

Sehr geehrte Frau Rath,

wir freuen uns, Ihre Neugier und Interesse an diesem Thema geweckt zu haben.

Compliance mag ein Modebegriff sein, aber es ist längst keine Modeerscheinung.

Seit eh und je haben Unternehmen sowie Verwaltungen, sich an geltendes Recht zu halten, Risiken zu identifizieren, Verstöße abzustellen und Konsequenzen daraus für das künftige unternehmerische Handeln zu ziehen.

Neu in den letzten Jahren sind aber, die immens ansteigenden rechtlichen Anforderungen an Verwaltungen sowie Unternehmen und dabei vor allem aufgrund der internationalen Wirkung auf nationale Gesetze, deren Vertreter und Mitarbeiter. Hinzu kommen in den letzten Jahren die gestiegenen Kosten bei Compliance-Verstößen, die sogar große Unternehmen an die Existenzgrenze bringen (Beispiel VW). Geldbußen und Schadenersatz bilden da nur die monetären Aspekte ab. Häufig wiegt der Verlust von Vertrauen bei den Bürgern und Mitarbeitern einerseits sowie Geschäftspartnern und Gesellschaftern andererseits mindestens genauso schwer. Jeder Bürger weiß sehr wohl, dass sich Ethik und Moralität nicht auf den Buchstaben des Gesetzes beschränken.

Was verbirgt sich hinter dem Begriff Compliance?

Gemäß dem internationalen Standard und auch unserem Verständnis beschreibt „Compliance“ die Gesamtheit aller Maßnahmen, die das regelkonforme Verhalten eines Unternehmens, seiner Organisationsmitglieder und seiner Mitarbeiter abbildet. Es soll die Organisationen durch Prophylaxe unterstützen, den Eintritt von Pflichtverletzungen, Schadens- und Haftungsfällen vermeiden. Zum anderen sollen eingetretene Pflichtverstöße frühzeitig erkannt und bewertet werden, damit in allen relevanten Themenfelder angemessen darauf reagiert werden kann.

Compliance umfasst also nicht nur die geltenden inhaltlichen und rechtlichen Vorgaben (Richtlinien, Kodices, Arbeitsanweisungen), sondern meint darüber hinaus ethisch-kulturelle, organisatorische und kommunikative Aspekte. Ergänzend ist die Umsetzung einer risikoorientierten, maßgeschneiderten Compliance-Organisation sowie einer guten „Compliance-Kultur“ notwendig.

Eine Verwaltung oder öffentliche Unternehmen haben sich strukturell so zu organisieren, dass die Einhaltung dieser Regelungen und Standards systematisiert, dokumentiert und somit transparent sind (Compliance-Reporting).

Compliance muss also auf die Gesamtheit der verwaltungseigenen Prozesse abgestimmt sein und entsprechend gelebt werden. Ein integriertes Compliance Management System ermöglicht es, die Vielfalt an bestehenden Standards und Managementsystemen wirkungsvoll zu verknüpfen (z.B. Korruptionsbekämpfung) und zu verbessern.

Daher unser Antrag, in dem wir von einer Installation eines Compliance-Management-System (CMS) in der öffentlichen Verwaltung sprechen.

Unser CMS-Antrag soll der Verwaltung Lösungen, für die sich stellenden Compliance Fragen bieten. Besonders zu Fragen des IT-, Datenschutz-, Gesellschafts-, Kapitalmarkt-, Steuer-, Arbeits-, Vergabe- sowie Wirtschafts- und Steuerstrafrechts etc.

Ziel eines solchen CMS ist es, in der Organisation systematisch die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass Verstöße gegen Compliance-Anforderungen wirksam vermieden bzw. wesentlich erschwert werden und dass eingetretene Verstöße nachhaltig erkannt und aufgegriffen werden können.

Compliance bietet aber auch Chancen für die Verwaltung im Hinblick auf Qualitätsvorteile, Effizienz und Steuerungsmöglichkeiten.

Wir sind daher der Ansicht, dass für eine sichere Ausrichtung in der Zukunft kein Weg daran vorbeiführt. Die Verwaltung muss und sollte dies angehen und die Chancen nutzen.

Große Fragezeichen und Irritationen hinterlassen folgende Bewertungen, Unterstellungen und Drohungen unserer Fraktion gegenüber“

„Sehr deutlich möchten wir uns auch von Ihrer Forderung auf die Schaffung von Möglichkeiten der Bediensteten der Stadt Schwelm sich anonym an Ermittlungen von Verstößen und Risiken zu beteiligen distanzieren. Diese Forderung hinterlässt bei uns den Beigeschmack der Aufforderung zum Denunziantentum „Wir brauchen sicherlich nicht ein politisch gesteuertes Instrument, das eine Kultur des gegenseitigen Misstrauens in der Belegschaft fördert.“

Ich werde diese Stellungnahme als offenen Brief den Bediensteten der Stadt Schwelm zur Verfügung stellen. (Frau Rath)

1. Es geht in diesem Antrag um eine Implementierung eines Managements System nicht um eine Einstellung eines Compliance Officers, daher stellt sich uns die Frage: Inwieweit betrifft dies Ihre Zuständigkeit? Haben Sie diesbezüglich ein Vetorecht?

2. Zu Ihrem geäußerten „Beigeschmack der Aufforderung zum Denunziantentum“ verweisen wir auf die Vizepräsidentin und Kommissarin für Werte und Transparenz Vera Jourova **„Whistleblower (Hinweisgeber) sind für den Erhalt einer offenen und transparenten Gesellschaft in unseren Gesellschaften äußerst wichtig“**

Das ist nicht Misstrauen, wie Sie das in Ihrer E-Mail äußern.

Sie sieht in den Hinweisgeber keine Denunzianten, sondern **„mutige Menschen, die dazu bereit sind, illegale Aktivitäten ans Licht zu bringen, um die Öffentlichkeit vor Fehlverhalten zu schützen - oft unter großer Gefahr für ihre Karriere und ihren Lebensunterhalt“** (meist steht man allein gegenüber mindestens 2 Personen ggf. mit Einfluss).

Die EU-Whistleblower Richtlinie 2019/1937 regelt einheitlich den Schutz von Personen, die Verstöße melden in der EU. Konkret heißt es, dass auch die Schwelmer Verwaltung und öffentliche Unternehmen zukünftig verpflichtet sein werden, ein solches anonymes Hinweisgebersystem zu installieren!

Für uns sind Ihre o.g. Äußerungen nicht nachvollziehbar und nicht hinzunehmen.

Die Mitglieder der FDP-Fraktion sind Ratsmitglieder der Stadt Schwelm. Wir bitten Sie, dies zu (be)achten.

Wir würden Sie bitten, zukünftig das Gespräch mit uns zu suchen, falls Fragen bestehen, statt solch einer E-Mail, in dem von Ihnen gewählten Verteiler, bei dem uns die Sachebene fehlt.

Da Sie Ihre Stellungnahme als offenen Brief den Bediensteten der Stadt Schwelm zur Verfügung stellten, bitten wir Sie, mit unserem Statement nun ebenfalls so zu verfahren, um Transparenz und Objektivität zu gewährleisten.

Unsere Einladung vom 30.04.2021 soll zur Konstruktivität in dieser Sache beitragen.

Mit freundlichen Grüßen



Fraktionsvorsitzender FDP Schwelm

Mit freundlichen Grüßen



Ratsmitglied FDP-Fraktion Schwelm